

Zeitschrift:	Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft
Herausgeber:	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
Band:	72 (1975)
Heft:	11
Artikel:	Fünfte Planungskonferenz des Europäischen UNO-Programms für Sozialentwicklung, Genf 1974
Autor:	Rickenbach, Walter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-838949

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschrift für öffentliche Fürsorge

Nr. 11 November 1975
72. Jahrgang

Beilage zum «Schweizerischen Zentralblatt für
Staats- und Gemeindeverwaltung»

Monatsschrift für öffentliche Fürsorge
und Jugendhilfe. Enthaltend die Entscheide
aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozial-
versicherungswesens. Offizielles Organ der
Schweizerischen Konferenz für öffentliche
Fürsorge. Redaktion: Dr. M. Hess-Haeberli,
Waldgartenstrasse 6, 8125 Zollikerberg
Telefon (01) 63 75 10. Verlag und Expedition:
Orell Füssli Graphische Betriebe AG, 8036 Zürich
Jährlicher Abonnementspreis Fr. 26.–.
Der Nachdruck unserer Originalartikel ist
nur unter Quellenangabe gestattet

Fünfte Planungskonferenz des Europäischen UNO-Programms für Sozialentwicklung, Genf 1974

Dr. *Walter Rickenbach*, Zürich

Das Europäische UNO-Programm für Sozialentwicklung wird von der Abteilung für Sozialangelegenheiten des Genfer Sitzes der UNO betreut. Diese veranstaltet seit 1961 in drei- bis vierjährigem Turnus die Europäische Planungskonferenz für Sozialentwicklung. Die Fünfte Konferenz fand vom 25. bis 28. März 1974 statt. Sie wurde von 26 europäischen Staaten und von Israel beschickt. Kanada und die USA entsandten Beobachter. Vertreten waren u. a. ferner: das Generalsekretariat der UNO, die Ökonomische Kommission der UNO für Europa, die Internationale Arbeitsorganisation, die UNESCO, die WHO, der Europarat, der Internationale Rat für Sozialwesen. Aus der Schweiz kamen: Dr. iur. Elisabeth Fopp, damals Sekretärin der Schweizerischen Landeskonferenz für Sozialwesen, Zürich, und Lic. iur. Hilde Wirz, Adjunktin beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Unterabteilung für Arbeitskraft und Auswanderung, Bern.

Über die Fünfte Konferenz ist kürzlich ein Bericht erschienen¹. Wie alle Publikationen internationaler Organisationen mutet er zunächst etwas «papieren» an, was u. a. durch die systematische und vorwiegend theoretische Darstellungsweise, dann aber auch durch die Erwähnung der vielen beteiligten Instanzen und durch diplomatische Rücksichtnahmen bedingt ist. Wer aber das Dokument gründlich liest, wird darin vieles finden, was für die Praxis nützlich und zukunftsweisend ist. Daher sei im folgenden aus den einzelnen Kapiteln eine zusammenfassende Auswahl gegeben.

¹ Cinquième Conférence de Planification du Programme Européen de Développement social, Genève, du 25 au 28 mars 1974. Rapport. Nations Unies, Genève, SOA/ESDP/1974/1, 79 Seiten.

I. Eröffnungsansprache von M. J. Stanownik, Ausführender Sekretär der Ökonomischen Kommission der UNO für Europa

Einleitend führt der Redner aus, dass seine Kommission dem Europäischen UNO-Programm für Sozialentwicklung seit jeher grosses Interesse entgegenbringe. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass ein starkes und anhaltendes Wirtschaftswachstum nicht ohne weiteres eine bessere Verteilung von Einkommen und Vermögen und damit eine vermehrte wirtschaftliche Gleichheit erbringt. Man erkennt auch mehr und mehr, dass der Mensch nicht bloss ein «homo oeconomicus» ist, sondern dass seine Bedürfnisse und Zielvorstellungen differenziert und komplex sind. Daher darf sich die künftige Entwicklungsplanung nicht auf das Wirtschaftliche beschränken, sondern hat auch das Soziale, also das Wohlbefinden des Menschen in seiner Umgebung, zu berücksichtigen. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Fortschritte auf das Menschliche sind sorgfältig zu erwägen. Eine solche Planung wird als integriert bezeichnet. Eine bedeutende Rolle wird der Verteilung zukommen. Dabei handelt es sich nicht nur um private Konsumgüter und Dienstleistungen, sondern auch um den besseren Zugang bisher Benachteiligter zu öffentlichen Diensten, wie Schulung und gesundheitliche Versorgung. Die verbesserte Verteilung von Gütern und Diensten kam bisher in erster Linie den sogenannten sozialen Zielgruppen, wie Betagten, Behinderten, Kindern usw., zu. In einer in Entwicklung begriffenen Gesellschaft sollen aber diese Zielgruppen nicht ein für allemal bestimmt sein; denn im Laufe der Zeit ergeben sich immer wieder neue. — Das Europäische Programm für Sozialentwicklung und die Tätigkeit der Ökonomischen UNO-Kommission sollten parallel laufen. Daher drängt sich zwischen den beiden Sekretariaten eine enge Zusammenarbeit auf, die erfreulicherweise auf gutem Wege ist.

II. Folgerungen und Empfehlungen

Aus den Folgerungen und Empfehlungen der Konferenz seien die folgenden herausgegriffen:

- Die Sozialpolitik, die zwar nach Regionen verschieden sein kann, aber von einem möglichst einheitlichen Konzept auszugehen hätte, sollte vor allem folgendes bewirken: 1. eine Verbesserung der Lebensqualität (z. B. menschlichere Arbeitsbedingungen, vermehrter Umweltschutz), 2. eine bessere Verteilung der Lebensquellen unter den Gliedern der Gesellschaft, 3. eine vermehrte Beteiligung des Einzelnen am Gemeinschaftsleben sowie an den Entschliessungen, die sein Wohl sowie dasjenige seiner Gruppe und seines Gemeinwesens betreffen.
- Die Planungskonferenz sollte weiterhin regelmässig abgehalten werden, wobei die Anwesenden mit dem nunmehr vorgesehenen vierjährigen Turnus einverstanden sind.
- Im Rahmen des Europäischen Sozialprogramms der UNO sollte eine Ständige Arbeitsgruppe für Sozialentwicklung gebildet werden. Sie hätte mit Hilfe von Experten aus Universitäts- und Praxiskreisen diese Entwicklung in Europa laufend zu verfolgen sowie die periodischen Konferenzen der europäischen Sozialminister vorzubereiten.

- Um die gegenseitigen Beziehungen zu verstärken, sollte die Abteilung für Sozialangelegenheiten der UNO die beteiligten Länder periodisch durch ein Rundschreiben über die Fortschritte orientieren, die in den einzelnen Punkten des Programms erzielt wurden.
- Die Zusammenarbeit zwischen der Ökonomischen Kommission und der Abteilung für Sozialangelegenheiten sollte verstärkt werden und sich auch auf die Vorbereitung der Planungskonferenzen sowie die Durchführung spezieller Programme erstrecken.
- Von den Fortschritten, die bei der Schaffung eines Europäischen Zentrums für höhere Sozialausbildung und für Sozialwesenforschung in Wien erzielt wurden, wird mit Befriedigung Kenntnis genommen und der österreichischen Regierung für ihre Mithilfe gedankt.
- Die Mithilfe des Generalsekretariates der UNO bei der Durchführung des Europäischen Sozialprogramms wird dankbar anerkannt, aber neuerdings betont, dass vermehrte finanzielle Mittel nötig sind, wenn den Anforderungen nach verstärkter europäischer Zusammenarbeit genügt werden soll.

III. Entwicklungstendenzen der Sozialprobleme und der Sozialpolitik in Europa

Unter den heutigen Sozialproblemen Europas steht die Verschlechterung der Lebensqualität im Vordergrund. Diese wird nicht mehr als quasi normaler Preis betrachtet, der für das ökonomische Wachstum bezahlt werden muss. Um dieser Verschlechterung zu begegnen, ist die vom Sekretär der Ökonomischen Kommission erwähnte integrierte Entwicklungsplanung nötig, die sich ebensosehr von sozialen wie von ökonomischen Motiven leiten lässt. Wichtig ist ferner, dass sich die Bevölkerung aktiver als bisher an den Vorkehren zur Verbesserung der Lebensbedingungen beteiligt. Dies geschieht mit Vorteil durch kollektive Bemühungen der betreffenden Einwohner (in der Bundesrepublik Deutschland als «Bürgerinitiativen» bezeichnet) innerhalb der Gemeinde oder des Quartiers. Nötigenfalls ist zur Verbesserung der Lebensqualität aber auch auf nationaler Ebene einzugreifen.

Anlass zu Sorgen gibt auch die Bevölkerungslage, die in manchen Ländern durch den Geburtenrückgang (auch als Folge der Familienplanung und der Erleichterung des Schwangerschaftsabbruches) und durch die Zunahme der Lebenserwartung gekennzeichnet ist. Daraus ergibt sich eine in verschiedener Hinsicht nicht unbedenkliche Verminderung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung zugunsten der passiven.

Zunehmende Bedeutung erlangen die Vorkehren zur gerechteren Verteilung des Nationaleinkommens. Diese Vorkehren sind teils korrigiernd (Umverteilung des Einkommens durch Steuerpolitik und Sozialversicherung), teils vorbeugend (Bekämpfung der Ursachen wirtschaftlichen und sozialen Ungenügens bei den betreffenden Schichten und Gruppen). Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit bleibt trotz mancherlei sozialpolitischer Massnahmen vielerorts bestehen und wird durch die Inflation verstärkt. — Die Unterschiede in der Verteilung können auch durch eine Förderung wirtschaftlich schwacher Regionen (innerstaatliche Entwicklungs-

hilfe) gemildert werden. Dabei ist — im Sinne der erwähnten integrierten Entwicklungspolitik — auch auf die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung in ländlichen Gegenden zu achten.

Schliesslich sind auch die wirtschaftlich-sozialen Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden Europas ins Auge zu fassen. Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte und der damit verbundenen Überfremdung hängt zu einem guten Teil mit diesen Unterschieden zusammen.

IV. Prüfung der von 1970 bis 1973 im Rahmen des Europäischen Programms für Sozialentwicklung unternommenen Tätigkeit

Diese Tätigkeit vollzog sich im üblichen Rahmen und umfasste daher: 1. Regionalveranstaltungen in Form von Seminarien, Studien- und Expertengruppen zur Erörterung sozialer Probleme, 2. den Expertendienst, der den am Programm teilnehmenden Ländern die Anforderung von Experten über ebensolche Fragen ermöglicht, 3. Studienreisen von Einzelnen und Gruppen innerhalb der am Programm beteiligten Länder, 4. ein Netz nationaler Korrespondenten für das Gebiet der Sozialwesenforschung. — Aus Platzgründen wird hier auf die Schilderung von Details verzichtet und lediglich der Wunsch angebracht, dass von diesen Dienstleistungen auch schweizerischerseits möglichst reger Gebrauch gemacht werde. Auskunft erteilen: das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Unterabteilung für Arbeitskraft und Auswanderung, Monbijoustr. 43, 3003 Bern, und die Schweizerische Landeskongferenz für Sozialwesen, Brandschenkestr. 36, 8039 Zürich.

V. Bewertung des Europäischen Programms für Sozialentwicklung

Diese von der Fünften Konferenz vorgenommene Bewertung (évaluation) erfolgte aufgrund von zwei Fragebogen, die von Teilnehmern an Regionalveranstaltungen beantwortet worden waren. Unter den zahlreichen Diskussionspunkten seien die folgenden hervorgehoben: 1. Man fragte sich, ob die Regionalveranstaltungen lediglich eine persönliche Anregung und Bereicherung der Teilnehmer bewirkten oder ob davon auch etwas auf den Berufskreis der Sozialarbeiter und darüber hinaus auf das ganze Land ausstrahle. Die Antwort lautete, dass eine Auswirkung auf lange und weite Sicht vor allem von den jeweiligen Verhältnissen sowie von der Persönlichkeit und vom Dynamismus des einzelnen Teilnehmers abhinge. Dabei wurde betont, wie wichtig es sei, die Berichte über diese Veranstaltungen unter den interessierten Institutionen zu verbreiten und in der Fachpresse zu besprechen. 2. Aus den Antworten auf die Enqueten ging u. a. hervor, dass die Teilnehmer an den Regionalveranstaltungen es ebenso schätzen, im Gastland oder bei den andern Teilnehmern neue und unvorhergesehene Aspekte der Sozialpolitik zu entdecken, als sich in den ihnen vertrauten bestätigt zu finden. Daraus ergibt sich für künftige Veranstaltungen, dass der Gedankenaustausch zwar anhand konkreter Beispiele jedoch ohne vorgefasste Meinungen und in einem für Neuerungen offenen Geist (esprit novateur) erfolgen soll.

VI. Vorschläge für einen Vierjahresplan der Regionalveranstaltungen im Rahmen des Europäischen Programms für Sozialentwicklung

Die in den nächsten vier Jahren vorgesehenen Regionalveranstaltungen umfassen sechs Problemkreise. Diese sowie die zu deren Behandlung eingesetzten Gremien und deren Themen werden nachstehend aufgeführt. Die Themen geben zugleich ein Bild über die heutige Problematik im europäischen Sozialwesen. Sie werden nur soweit erläutert, als dies zur Klarstellung nötig erscheint.

1. Bestrebungen für ein vereinheitlichtes (integriertes) Entwicklungskonzept

- a) Bildung der oben erwähnten Ständigen Arbeitsgruppe für Sozialentwicklung.
- b) Seminar über den Stand der Sozialinformation und deren Beitrag zu einer integrierten Entwicklungsplanung. Unter Sozialinformation wird hier die laufende Bereithaltung von Daten über Sozialprobleme und -bedürfnisse zuhanden der für die Sozialentwicklung verantwortlichen Instanzen verstanden.
- c) Expertengruppe über die im Sozialwesen zu beachtenden Normen. — Solche Normen erscheinen bei der heutigen Pluralität der Bedürfnisse, Institutionen und Organisationsformen als unerlässlich. Sie sind im Sozialwesen zurzeit weniger verbreitet als etwa im Bereich der Bildung und der Gesundheit.
- d) Expertengruppe zum Studium der Methoden, wodurch Individuen und Gruppen zur Feststellung neuer Bedürfnisse bei der Sozialplanung und zur Gestaltung der Sozialpolitik beigezogen werden können. — Diese Problemstellung ergibt sich daraus, dass es beim heutigen Stand der Bewusstseinsentwicklung immer nötiger und wünschbarer wird, die Benutzer der Sozialeinrichtungen an deren Gestaltung teilnehmen zu lassen.
- e) Seminar über die Methoden und Techniken der Sozialplanung.

2. Politik zur Angleichung und Verteilung der Einkommen

- a) Seminar über eine integrierte Familienpolitik. — Unter «integriert» wird hier eine Familienpolitik verstanden, die materielle Hilfe (Familienzulagen und -beihilfen) mit Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess (recyclage) und Elternbildung verbindet. Man will so der Passivität entgegentreten, die sich bei jenen Familien einstellen kann, die lediglich materiell unterstützt werden.
- b) Expertengruppe über die Festlegung von Lebensniveaus. — Diese Frage, die seit Jahren wirtschaftlich fortgeschrittene Länder beschäftigt, wäre unter dem Gesichtspunkt des Zuganges auch der wirtschaftlich Schwachen zu den materiellen und immateriellen Gütern einer gegebenen Gesellschaft zu behandeln.
- c) Seminar über die kumulativen Ursachen sozialer Ungleichheit und die Auswirkung dieser Ursachen auf die Sozialpolitik. — Die Verbesserung der Lage wirtschaftlich schwacher Gruppen scheitert oft daran, dass diese Lage durch materielle und seelisch-geistige Faktoren verursacht ist, die sich gegenseitig kumulieren und daher nur schwerlich aufzuheben sind. Das Seminar will nach Lösungen suchen, die diesen Teufelskreis unterbrechen könnten.

3. Mitbestimmung und Solidarität

- a) Expertengruppe über den Schutz ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien.
- b) Seminar über die speziellen Probleme der Kinder ausländischer Arbeitskräfte und über den Beitrag, den diese Kinder zur sozialen Integration der Arbeitskräfte leisten können.
- c) Seminar über den Einbezug der Frauen in die nationale Entwicklung.
- d) Studiengruppe über die neuen Tendenzen bei sozialen und kulturellen Diensten zugunsten Betagter. — Hier geht es darum, abzuklären, wie die Betagten möglichst aktive Glieder der Gemeinschaft bleiben können.
- e) Seminar über die (ausserberufliche) Weiterbildung der erwerbstätigen Jugend. — Dabei wäre auch festzustellen, wie diese Jugend wirksamer zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen könnte.
- f) Studiengruppe zur Frage der Eingliederung geistig behinderter Kinder und Jugendlicher.
- g) Seminar über die Aufgabe der menschlichen Gemeinschaft beim Vorbeugen der Drogenabhängigkeit und bei der Wiedereingliederung der Drogenabhängigen in die Gesellschaft.
- h) Seminar über die neuen Methoden zur Wiedereingliederung jugendlicher Rechtsbrecher.
- i) Seminar über die neuen Vorkehren zur Verhütung der Jugendstraffälligkeit.
- k) Studiengruppe über Gemeinwesenarbeit in neuen Stadtquartieren.

4. Soziale Aspekte der Industrialisierung und der Regionalentwicklung

- a) Einsetzung einer Ständigen Arbeitsgruppe über die Regionalentwicklung. — Dies wird deshalb vorgeschlagen, weil sich die Entwicklungspolitik heute nicht mehr auf benachteiligte Gegenden beschränken kann.
- b) Seminar über die Industrialisierung in ländlichen Gegenden und deren Auswirkungen auf den Einzelnen und die Gemeinschaft.
- c) Seminar über die Rolle des Sozialwesens und insbesondere der Sozialversicherung bei der Entwicklung ländlicher Randzonen.
- d) Seminar über die Möglichkeiten und die sozialen Auswirkungen des Massentourismus.

5. Soziale Aspekte und Tendenzen der Bevölkerungspolitik

- a) Seminar über die Verantwortung der Jugend gegenüber Familie und Gesellschaft. — Hier geht es um ein Abwägen zwischen persönlicher Freiheit und persönlichem Wohlbefinden einerseits und der Pflicht zur Erhaltung der Gesellschaft andererseits.
- b) Weiterführung der Bemühungen der Ständigen Arbeitsgruppe für Soziale Demographie.

6. Gestaltung der Sozialdienste

- a) Expertengruppe über die integrierte Gestaltung der Sozialdienste auf lokaler Ebene. — Hierunter können die Einrichtung polyvalenter Sozialdienste und die

Bildung von Koordinationsgremien verstanden werden, wobei gleichzeitig eine aktive Mitwirkung der Benutzer und des weitern Publikums erzielt werden soll.

b) Seminar über die Verteilung der Verantwortung bei der Durchführung von Sozialprogrammen. — Hier geht es um die Aufteilung der Kompetenzen zwischen lokalen (kantonalen) und zentralen Instanzen.

c) Seminar über die Finanzierung der Sozialdienste.

d) Seminar über die Methoden, die den Zugang zu den Sozialdiensten erleichtern. — Einerseits ist zu prüfen, wie alle, die darauf ein Recht haben, zu den Sozialdiensten gelangen, andererseits abzuklären, wie missbräuchlicher Benützung begegnet werden kann.

VII. Vorkehren für die Konzeption, Durchführung und Verstärkung des Europäischen Programms für Sozialentwicklung in der Zukunft

Die in diesem Kapitel aufgeführten Vorschläge stimmen grösstenteils mit denen des II. Kapitels (Folgerungen und Empfehlungen) überein. Sie seien deshalb lediglich mit den folgenden Stichworten wiedergegeben: 1. Periodische Zusammenkünfte der europäischen Sozialminister, 2. Zusammentritt der Planungskonferenz alle vier Jahre, 3. Einsetzung einer Ständigen Arbeitsgruppe für Sozialentwicklung, 4. Periodische Informationsschreiben der Abteilung für Sozialangelegenheiten an die beteiligten Länder, 5. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Ökonomischen Kommission und der Abteilung für Sozialangelegenheiten, 6. Einrichtung eines Europäischen Zentrums für höhere Sozialausbildung und für Sozialwesenforschung in Wien.

Schlussbemerkungen

Die Fünfte Planungskonferenz hat wichtige und erwägenswerte Vorschläge für den sozialen Fortschritt zutage gefördert. Seit ihrer Durchführung (März 1974) hat sich aber die wirtschaftliche Rezession, wovon an der Tagung nicht oder offenbar nur kaum die Rede war, auch in Europa verschärft. Diese Rezession wird sich auch auf die Sozialbestrebungen hemmend auswirken. Doch ist es ja nicht in erster Linie die Aufgabe solcher Konferenzen, zu zeigen was geschehen kann, sondern was geschehen soll.

Die Planungskonferenz scheint vom Glauben erfüllt, dass der soziale Fortschritt mit Organisation und Methode erreicht werden könne, also machbar sei. Dies trifft aber wohl nur zum Teil zu, da im Sozialen auch das Psychische und damit grossenteils Unwägbare mitspielt. Ernst Jünger stellt in seinem Kriegstagebuch «Gärten und Strassen» (Berlin 1942, S. 24) sogar den Satz auf, «dass sichtbare Ordnungen im gleichen Masse wachsen müssen, in dem die innere Harmonie verlorengeht». Aber war diese innere Harmonie jemals vorhanden? Schilderungen über soziale Zustände früherer Zeiten veranlassen wohl eher dazu, die Frage zu verneinen. Also bedarf der soziale Fortschritt wohl doch der Organisation, wenn wir auch stets deren Grenzen beachten müssen.